Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Sonnabend, den 17. April 1920 — Nummer 129 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 7.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 10.— M., für das übrige Ausland 13.50 M. zuzüglich Valutenzuschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 17.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 3.20 Mk. zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Familien- und Organisationsanzeigen die achtgesp. Nonpareillezeile 2.40 Mk. netto. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Stellengesuche, Familien- u. Organisations-Worte-Anzeigen kosten das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895—96, 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schleunige Entwaffnung Deutschlands.

Einheitliches Vorgehen der Entente.

Paris, 16. April.

Havas meldet: Der französisch-englische Zwischenfall hat Deutschland nur in seinem Widerstand gegen die Ausführung des Friedensvertrages bestärkt. Es zeigte völlige Mißachtung gegenüber den anderen Mitunterzeichnern des Vertrages. Gestern, so wird aus London berichtet, soll Lord Curzon energische Schritte beim deutschen Geschäftsträger in London getan haben, um eine Zurücknahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrgebiet zu erreichen.

Heute trifft in Paris eine neue Nachricht ein, in der die englische Regierung die Alliierten zur Mithilfe bei einer Gesamtinitiative auffordert, bei welcher von der Berliner Regierung strenge Befolgung der Vertragsklauseln bezüglich der Entwaffnung verlangt werden soll. Falls diese Forderung nicht angenommen werde, werde die gesamte Lebensmittelversorgung für Deutschland eingestellt. Ueber diesen Punkt hatte Lord Derby mit Millerand eine lange Unterredung.

Zu der Botschafterkonferenz, auf der auch diese Angelegenheit diskutiert wird, hat die italienische Regierung Vertreter entsandt. Trotz des Schweigens, in das sich die politischen Kreise hüllen, scheint es doch, als ob Lord Derby dazu bestimmt wäre, die französische Regierung aufzufordern, an dem Schritt Englands teilzunehmen. Die französische Antwort kann ja hier nicht zweifelhaft sein. Diese Initiative der alliierten Mächte muß angesichts des bösen Willens Deutschlands nur gebilligt werden. Alliierte Beobachter, die aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt sind, sagen aus, daß diese Bewegung niemals einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Andererseits wird uns mitgeteilt, daß die durch die Berliner Regierung in das Ruhrbecken gesandten Truppenabteilungen beträchtlicher sind, als die den Alliierten angegebene Zahl. Das erste Problem, das die alliierten Staatsleiter also zu lösen hätten, wäre baldigste Entwaffnung Deutschlands.

H. N. Paris, 17. April.

Die belgische, französische und italienische Regierung haben sich mit dem Vorschlage des britischen Botschafters, Lord Derby einverstanden erklärt, eine Note an Deutschland zu senden, in der erklärt wird, daß diese vier Länder die Bildung einer aufständischen Regierung in Deutschland, deren Politik die Ausführung des Friedensvertrages im Wege stehen würde, nicht zulassen könnten. Wenn eine derartige Regierung ans Ruder käme, wären die Bundesgenossen gezwungen, das Programm, das sie über die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands aufgestellt hätten, zu annullieren und das Absenden von Nahrungsmitteln nach Deutschland einzustellen.

Millerand hat später die Frage der Abrüstung Deutschlands behandelt. Er sagte, daß diesbezüglich wichtige Entscheidungen durch Churchill und den französischen Kriegsminister vereinbart wurden. Was die Furcht betreffe, daß eine Macht von 100 000 Mann nicht genügen würde, um in Deutschland im Falle eines Aufstandes die Ordnung wieder herzustellen, wies Millerand auf die Tatsache hin, daß es neben dem Heer noch eine große Polizeimacht in Deutschland gebe. Die Abrüstung sei nicht nur für Frankreichs, sondern auch für die Sicherheit und Ruhe der ganzen Welt notwendig. Sobald Deutschland abrüste, gebe es keine Notwendigkeit für andere Länder, ein großes stehendes Heer beizubehalten. Millerand ist bereit, Deutschland zu helfen, seine wirtschaftliche Stellung wieder zu gewinnen und er meint, daß die Handelsbeziehungen zu Deutschland bald wieder aufgenommen werden müßten.

Das Sammellager der Gegenrevolution.

Eigene Drahtmeldungen der „Freiheit".

Soltau, 17. April.

Das Munsterlager in der Lüneburger Heide ist zum Sammelplatz aller gegenrevolutionären Truppenformationen geworden. Die Marinebrigade Ehrhard ist mit ihren letzten Teilen gestern dort eingetroffen. Ebenso sind die Balkikumer aus Stade und Harburg dorthin dirigiert worden. Teile der Marinebrigade Loewenfeld, die während der Kappiage von der Arbeiterschaft aus Kiel vertrieben wurden, sammeln sich ebenfalls im Munsterlager. Auch die Eiserne Division zieht dort ihre Kräfte zusammen. Der Truppenzustrom hält ununterbrochen an. Täglich treffen neue Scharen mit voller Ausrüstung ein. Auch Zivilisten, die in allen Städten neu angeworben werden, strömen in großen Scharen herbei. Bisher sind im Munsterlager etwa 21 000 Truppen versammelt. Die Zahl vermehrt sich aber stündlich.

Das Stabsquartier der Offiziere befindet sich im Hotel Sandhof. Dort wohnt auch der Kapitänleutnant Ehrhardt. Auch Awaloff-Bermondt und viele russische Offiziere sind eingetroffen. Die russischen Offiziere sind in deutsche Uniformen verkleidet und treiben in den russischen Gefangenenlagern monarchistische Propaganda. Offiziere und Truppen erklären übereinstimmend, daß sie sich nicht entwaffnen lassen würden. Der Kommandant des Lagers, Oberst Freiherr von Preuschen, ist ein eingefleischter Monarchist und steht mit den Konterrevolutionären in Verbindung. Auf seinen Befehl mußten gestern die im Lager befindlichen Sicherheitsmannschaften — grüne Polizei und Reichswehr — die Waffen abgeben, damit die Baltikumer völlig freie Hand haben.

Nach Pommern werden kleinere bewaffnete Abteilungen als „Landarbeiter" kommandiert. Mehrere Transporte sind bereits abgegangen.

Die Provokateure im Reichswehrministerium.

Mit der ihr eigenen Unverfrorenheit versucht die rechtsstehende Presse den Eindruck der provokatorischen Machenschaften der Offiziere im Reichswehrministerium dadurch abzuschwächen, daß sie die Angelegenheit als einen „Mummenschanz" erklärt, der von den Regierungsparteien zum Zweck der Wahlbeeinflussung aufgebauscht werde. Daß die Aktion der Offiziere keineswegs so harmlos war, wie jetzt dargestellt wird, wissen die rechtsstehenden Organe selber am allerbesten. Die heute von uns veröffentlichten Aussagen des Genossen Wegmann bestätigen unwiderleglich, daß die in Frage kommenden Offiziere Verbindungen mit der Arbeiterschaft suchten, um sie zu bewaffneten Aktionen gegen die Regierung zu veranlassen. Der jetzt vorgebrachte Einwand, es habe sich für sie lediglich darum gehandelt, eine friedliche Entwaffnung der Berliner Arbeiter durchzuführen, ist nicht nur wahrheitswidrig, sondern auch blödsinnig. Es ist den militärischen Stellen sehr wohl bekannt, daß die Berliner Arbeiterschaft über keine Waffen verfügt; deshalb kann von einer Entwaffnung überhaupt nicht die Rede sein. Ziel und Zweck der militärischen Provokateure war vielmehr, der Arbeiterschaft den Gedanken beizubringen, daß sie durch ein gemeinsames Vorgehen mit ihnen Waffen in großen Mengen in die Hand bekommen und einen bewaffneten Aufstand zur Errichtung der proletarischen Diktatur inszenieren könnten.

Es wird jetzt von offiziöser Seite bekannt gegeben, daß die Offiziere im Einvernehmen mit ihren Vorgesetzten gehandelt haben. Die Besprechung im Dienstzimmer des Hauptmanns von Viebahn fand mit Zustimmung seines Vorgesetzten statt, und Hauptmann Bohnstedt wurde von dem Stabschef, General von Oldershausen, beauftragt, dieser Sitzung beizuwohnen. Das Vorgehen der Offiziere kennzeichnet sich also als bewußte Provokation mit Zustimmung der obersten militärischen Stellen. Keine Ableugnung und keine Verschleierung wird die Tatsache aus der Welt schaffen, daß es den Militärs darum zu tun war, durch Inszenierung eines „roten" Putsches die mißliche Lage zu beseitigen, in die sie durch den verunglückten Kapp-Putsch geraten sind.

Wir verstehen es unter diesen Umständen nicht, daß die ganze Angelegenheit von den zuständigen Stellen so diktatorisch behandelt wird. Wir verlangen nicht, daß die schuldigen Personen in Schutzhaft genommen werden, denn wir betrachten die ganze Institution der Schutzhaft als eine Ungeheuerlichkeit, die schleunigst beseitigt werden muß. Aber gibt es außer der Schutzhaft kein anderes Mittel, um den militärischen Lockspitzeln im Reichswehrministerium das Handwerk zu legen?

Für die Arbeiterschaft möge die ganze Angelegenheit als erneute Warnung dienen, sich auch nur im entferntesten mit Personen einzulassen, die unter „nationalbolschewistischer" Flagge eine Verbindung mit angeblich radikalen militärischen Kreisen herstellen wollen. Diese Personen sind entweder Wirrköpfe, die nicht wissen, was sie tun, oder sie sind — was wahrscheinlicher ist — Lockspitzel, die im Dienste der militärischen Putschisten stehen. Wer direkt oder indirekt die Pläne dieser Personen fördert, arbeitet den Kappisten in die Hände, die nur auf den Augenblick warten, wo sie als „Retter des Vaterlandes" auf der Bildfläche erscheinen können.

Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben:

Der preußische Eisenbahnminister Oeser hat schon mehrfach erklärt, daß er bereit sei, die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung möglichst bald praktisch durchzuführen. Herr Oeser läßt jetzt eine Meldung verbreiten, daß diesen Erklärungen bereits Taten gefolgt sind. Wie sehen nun diese Taten aus?

Einige aus mittleren Beamten hervorgegangene Amtsvorstände sollen zu Mitgliedern der Eisenbahndirektionen befördert worden sein, und durch Nachtrag zum Haushalt der Staatseisenbahnverwaltung für 1919 sollen mit Wirkung vom 16. März 1920 die neuen Beamtenstellen der Eisenbahninspektoren geschaffen werden, welche die planmäßige Uebergangsstufe vom mittleren zum höheren Dienst bilden sollen. Das ist alles! Herr Oeser läßt weiter erklären:

„Die Demokratisierung soll nicht etwa in einem planmäßigen Aufstieg einzelner bestehen; das Bestreben der Verwaltung ist vielmehr darauf gerichtet, allen gutbefähigten unteren und mittleren Beamten allgemein die Möglichkeit des Aufstiegs bis in die höchsten Stellen vorzusehen. Zu diesem Zwecke ist angeordnet, daß bereits unter den Arbeitern aller Dienstzweige eine Auslese gehalten wird, um die Tüchtigsten herauszufinden und einer besonderen beschleunigten Unterbeamtenlaufbahn zuzuführen. So wird erreicht, daß besonders gutbefähigte Unterbeamte die mittleren Beamtenstellen ungefähr in dem gleichen Lebensalter erreichen wie die sogleich in den mittleren Dienst eingetretenen Bewerber. Alle mittleren Beamten, einerlei, ob sie aus Unterbeamten oder aus unmittelbaren Anwärtern des mittleren Dienstes hervorgehen, haben die Möglichkeit, bei tüchtigen Leistungen bis zum Eisenbahninspektor aufzurücken, eine Stelle, in der sie, wie schon angedeutet, Gelegenheit finden, ihre Befähigung für den höheren Dienst nachzuweisen. Aus der Masse der Eisenbahninspektoren werden künftig die Anwärter für die Stellen des höheren Dienstes zum Teil entnommen werden, so daß man von dem Personal der Staatseisenbahnverwaltung jetzt tatsächlich sagen kann, daß auch der geringste Arbeiter bei Tüchtigkeit und im Besitz der nötigen persönlichen Eigenschaften die Möglichkeit hat, sich bis zum Regierungsrat und noch höher hinaufzuarbeiten. Die Organisation des Aufstiegs ist jetzt in den Grundzügen vorhanden."

Zu dieser Erklärung ist zu bemerken, daß die Verwaltungsjuristen in den Direktionen und die vom alten Preußengeist durchdrungenen ehemals königlichen Geheimräte schon dafür sorgen werden, daß die schönen Pläne ihres Herrn und Meisters nicht so schnell verwirklicht werden. Sie werden sich hüten, den Ast abzusägen, auf dem sie im Schutze eines republikanischen Demokraten sitzen, und sich als die Herren der Situation fühlen. Solange ihre Macht nicht gebrochen ist, ist die Macht des Ministers gering, selbst wenn man den guten Willen bei ihm voraussetzt.

Aber es wird freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahnarbeitern auch kaum gelüsten, ihre Stellung als freie Arbeiter, die über ihre Arbeitskraft nach freiem Ermessen verfügen können, gegen das Linsengericht der Beamtenlaufbahn mit lebenslänglicher Anstellung, mit Beschränkungen der Freizügigkeit, zu verzichten und dafür nur allerlei Kinkerlitzchen wie Achselstücke, Titel, Tressen und Schnüre, einzutauschen. Eine „Demokratisierung", die den Staatsbeamten auf Lebenszeit an die Staatskrippe kettet, ist bestenfalls eine Reform der Aufstiegsmöglichkeiten, aber beileibe keine grundsätzliche Aenderung des bisherigen Systems. Eine vollständige und grundsätzliche Neuordnung der staatlichen Betriebsverwaltungen und Verwaltungsbehörden nach modernen Grundsätzen und den bei der Verwaltung industrieller Großbetriebe gesammelten Erfahrungen, unter weitgehender Beteiligung der Arbeiter und Beamtenvertreter (Betriebsräte) an der Leitung der Betriebe und an der Kontrolle der Verwaltung ist erforderlich. Nur auf diese Weise kann der reaktionäre Einfluß der Räte des Ministers gebrochen oder wenigstens auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden. Vorher ist ein regulärer Aufstieg wirklich Tüchtiger völlig ausgeschlossen.

Es ist unter diesen Umständen auch nicht möglich, daß die Beamten und Arbeiter das nötige Vertrauen gewinnen, ohne das wir heute in Deutschland einfach nicht vorwärts kommen.

Was tun nun die verantwortlichen Stellen, die fortwährend von der Notwendigkeit sprechen, die Produktion zu heben, um dieses Vertrauen zu erwerben? Sie ergreifen

Maßnahmen, die das direkte Gegenteil bewirken müssen. Die reaktionären Oberbeamten kämpfen um ihre Alleinherrschaft und durchkreuzen planmäßig alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem großen Heer der Arbeiter und der unteren und mittleren Beamten einen größeren Einfluß zu sichern.

Ein Beweis unter vielen ist die im Betriebsrätegesetz vorgesehene Verordnung über die Errichtung und den Aufbau der Betriebsräte bei der preußischen Eisenbahnverwaltung. Das ohnedies schlechte und unzulängliche Gesetz erfährt in den im Entwurf vorliegenden Verordnungen eine durchaus willkürliche und für die Eisenbahner ungünstige Auslegung. Die gesetzlichen Bestimmungen werden mit allen juristischen und geheimrätlichen Kniffen in einer Weise interpretiert und teilweise so in ihr Gegenteil verdreht, daß diese Verordnungen, wenn sie in dieser Form veröffentlicht werden sollten, sicher einen Sturm der Entrüstung unter den Eisenbahnern, ganz besonders unter dem Betriebspersonal und Beamtenanwärtern, entfesseln wird. Von den beteiligten Eisenbahnerverbänden ist, wie wir hören, entschiedener Protest gegen die Verordnungen beim Eisenbahnministerium eingelegt worden. Wir fordern die angeblich noch links orientierte preußische Regierung auf, hier unverzüglich einzugreifen, wenn schwere Störungen vermieden werden sollen. Hier hat es die Regierung in der Hand, zu beweisen, daß es ihr mit der Erfüllung der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen ernst ist. Es ist zu erwarten, daß sich die Eisenbahner dem Diktat der Geheimräte unter keinen Umständen fügen werden.

In den Verordnungen ist den einzelnen Verwaltungen die Möglichkeit gegeben, den größten Teil der Eisenbahner im Betriebsdienst außerhalb des Betriebsrätegesetzes zu stellen. Die Bezeichnung „Beamtenanwärter", sowie die Vorschriften des Gesetzes, die die Möglichkeit bieten, 50 bis 60 v. H. der Betriebsarbeiter unter diesem Begriff zu erfassen und damit außerhalb des Gesetzes zu stellen, sind anscheinend eine Erfindung, für die dem preußischen Eisenbahnministerium das Urheberrecht gebührt. Um das Maß der Zersplitterung unter den Eisenbahnern voll zu machen, wurden zwei Verordnungen gebaut, eine für die Arbeiter der Haupt- und Nebenwerkstätten und eine für die Arbeiter des Betriebsdienstes. Der Vogel wurde durch die Bestimmung abgeschossen, in der den Betriebsräten des Betriebsdienstes und der Werkstätten verboten wird, gemeinsame Beratungen abzuhalten. Also ein kleines Ausnahmegesetz! Mit solchen „Taten" wird Herr Oeser ebensowenig Glück haben, wie mit seinen Bemühungen, die Eisenbahner während des Kapp-Putsches zur Aufnahme des Dienstes zu bewegen.

Es würde zu weit führen, alle Schönheiten der Oeserschen Verordnungen hier auszubreiten. Von einer Bereitwilligkeit, die Demokratisierung wirklich praktisch durchzuführen, d. h. im Sinne der Forderungen der übergroßen Mehrheit der Eisenbahner, die auch gleichzeitig im Interesse der Verwaltung dringend geboten wäre, kann nach diesen Proben nicht gesprochen werden.

Die nach militärischem Muster und altpreußischen Grundsätzen gebildeten Verwaltungsbehörden sind, wie sich während der Herrschaft der Kappisten gezeigt hat, wahre Brutstätten der Reaktion und für eine gründliche Umgestaltung und Veränderung in der Zusammensetzung überreif. Die Eisenbahner fordern vor allen Dingen, daß die Juristen aus den Sozialdezernaten entfernt und durch sozialpolitisch und volkswirtschaftlich geschulte Kräfte ersetzt werden. Solche Taten zu leisten ist aber Herr Oeser nicht fähig, er ist anscheinend nur stark, wenn es gegen die Arbeiter und unteren Beamten geht.

Die Offiziersverschwörung.

Zu den Machenschaften der Reichswehr-Provokateure und ihrer Agenten teilt uns Genosse Wolmeckhaus, Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission, mit:

Herr Bartram trat am 22. März an mich heran und verlangte eine Unterredung. In dieser Unterredung entwickelte er seine Pläne und zwar legte er uns ein Flugblatt vor, das von den Offizieren, die sich an der „Aktion" beteiligen wollten, unterschrieben werden sollte. Man wollte einen neuen Putsch gegen die „Schieberregierung" auf der Grundlage des „Nationalkommunismus" mit den Arbeitern zusammen unternehmen. Er lud uns zu einer Sitzung ein, die in der Privatwohnung des Herrn Freiherrn von Reidnitz, Sigismundstr. 8 II, stattfinden sollte. In dieser Sitzung wollte uns Herr Bartram mit dem Kapitänleutnant Ehrhardt sowie mit dem General Ludendorff usw. bekanntmachen. Da wir jedoch diese Pläne durchschauten, lehnten wir von vornherein ab.

*

Ueber den bei der Offiziersverschwörung beteiligten Herrn Bartram erfahren wir noch folgendes:

Herr Bartram hat sich bereits in den Tagen des Kapp-Putsches aufs höchste verdächtig gemacht. Er hat zu dem engen Kreise des Herrn Wauer gehört und hat mit diesem gemeinsam mit Kapp selber verhandelt. Er ist also von diesem Kapp-Putsch her noch in engsten Beziehungen mit denjenigen Offizieren, die damals die Aktion geleitet haben. Herr Bartram hat damals trotz aller Warnungen, die ihm von Seiten unserer Genossen zuteil wurden, immer wieder versucht, eine Verbindung zwischen Kapp und den Arbeitern herzustellen. Herr Bartram selbst ist ein ganz junger, kaum zwanzigjähriger Mensch, der von der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus nicht die geringsten Vorstellungen hat. Er ist vielen Genossen schon früher als äußerst verdächtig aufgefallen, da sein Wirken stets auf eine neue Zersplitterung in der Arbeiterbewegung hinauslief. Dieser Verdacht wurde darum verstärkt, daß er über ziemlich umfangreiche Geldmittel verfügte. Es ist deshalb durchaus denkbar, daß Herr Bartram und die Offiziere im vollen Einverständnis über Zwecke und Pläne ihrer Handlungen waren und daß Herr Bartram als der Geeignetste dazu ausgesucht wurde, um die Verbindung mit den Arbeitern herzustellen.

Ein monarchistisches Wespennest!

Die Zeitfreiwilligen rüsten.

Nachdem sich die Kapp-Lüttwitz-Gesellschaft von der ersten Niederlage erholt hat, rüstet sie mit doppeltem Eifer zum zweiten Sturm. Davon zeugt die rege Tätigkeit im Anwerben und Ausbilden beim Zeitfreiwilligen-Schutzregiment Berlin. Die Herren denken nicht daran, sich auflösen zu lassen. Das Regiment ist jetzt in den Holzbaracken in der Seidlitzstr. 10 (Bekleidungsamt) untergebracht und besteht zumeist aus Offizieren und Studenten. Täglich, meistens des Morgens von 7—8 Uhr, finden Ausbildungskurse an Maschinengewehren, Minen- und Flammenwerfern, Flachgeschützen statt, auch mit Winterflaggen und Handgranaten wird geprobt. Stoßtrupps und alle anderen Kommandos, die zu einem Losschlagen nötig sind, befinden sich in Alarmbereitschaft. Instruktionen über Straßen- und Barrikadenkämpfe sind erteilt worden, Waffen-, Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke werden dekuernd empfangen.

Geld und Lebensmittel sind in Fülle vorhanden. Die Herren bekommen pro Tag für ihr einstündiges Erscheinen oder Nichterscheinen 15 M. und freie Verpflegung in Naturalien, obwohl ein großer Teil der Leute einer Zivilbeschäftigung nachgeht und dafür natürlich auch bezahlt wird.

Das Schutzregiment Groß-Berlin besteht im ganzen aus etwa 8000 Offizieren, Offiziersaspiranten und Studenten. Es ist bewaffnet mit unzähligen Maschinengewehren, ferner mit Maschinenpistolen (Kleine M.-G.), mit Geschützen (Sturmkomp. Mosbit) und verfügt außerdem über große Reservebestände. Führer des Regiments ist Major Hering, der sich in den Kapp-Tagen hinter Kapp gestellt hat. Beweis: Von jeder Kompagnie des Regiments sind Offiziere verteilt worden, die in den Kapp-Tagen die Flugblätter „Die Lüge vom monarchistischen Putsch" und die kleinen weißen Flugblätter aus fahrenden Autos verteilt haben. Die Sturmkompagnie ist neuerdings noch mit Flammenwerfern ausgerüstet worden.

Ist die Regierung von diesen Vorgängen unterrichtet? Es wird höchste Zeit, daß dem Schützenregiment Groß-Berlin jede Betätigung verboten wird. Die Waffen sind ihm sofort wegzunehmen.

Auch Kardorff trennt sich von den Deutschnationalen.

Der stellvertretende Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung, Abg. v. Kardoff, ist, wie die „Tägliche Rundschau" meldet, aus der deutsch-nationalen Partei ausgeschieden und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Auch das ist eine deutliche Verurteilung der deutsch-nationalen Putschtaktik.

Arbeiterratswahl in Stettin.

Bei der am 15. April in Settin stattgefundenen Wahl zum Vollzugsrat für Groß-Stettin haben von 15 Sitzen erhalten: die U. S. P. D. 8 Mandate, die S. P. D. 6 Mandate und die K. P. D. 1 Mandat. Bei den Arbeiterratswahlen im März vorigen Jahres erhielten von 32 Mandaten die S. P. D. 24 und die U. S. P. nur 8 Mandate. Also ein erfreulicher Fortschritt.

Systematische Versammlungssprengung.

Gestern abend wurde eine von der K. P. D. nach der Unionbrauerei, Hasenheide, einberufene öffentliche Versammlung, in der Dr. Paul Levi sprach, von Anhängern der neugegründeten K. A. P. D. gesprengt. Anlaß dazu gab die scharfe Stellungnahme des Redners gegen den vogtländischen Räuberhauptmann Hölz.

Russisch-italienische Verhandlungen.

H. N. Paris, 16. April.

Die Blätter melden, daß Litwinow in Kopenhagen mit einem italienischen Vertreter Vereinbarungen getroffen habe, laut welchen alle Handelsgeschäfte für Rußland durch eine Agentur der russischen Konsumvereine, die in Rom zu gründen ist und alle Handelsgeschäfte für Italien durch Agenturen der italienischen Konsumvereine, die in Moskau zu errichten sind, ausgeführt werden. Ein italienisches Kammermitglied und Vertreter der Räteregierung haben ferner einen Plan für die Regelung des russisch-italienischen Gefangenenaustausches ausgearbeitet. In Italien befinden sich 5000 russische, in Rußland 4000 italienische Gefangene.

Die Aufteilung der Türkei.

H. N. Paris, 17. April.

Die Konferenz in San Remo wird den in London vorbereiteten Wortlaut des Abkommens mit der Türkei revidieren. Die Türkei wird die Hälfte der früheren Einwohnerschaft verlieren. Sie behält 9 Millionen Mohammedaner und etwa 2 Millionen Christen; etwa 10 Millionen Araber, Armenier und [illegible] werden der türkischen Herrschaft entzogen. Die verkleinerte Türkei, die fortbestehen wird, wird unter genauer Kontrolle der Alliierten stehen, so daß sie unter keinen Umständen künftig eine Gefahr darstellen kann. Nordwest-Armenien wird ein unabhängiger Staat und die Kurden werden eine Autonomie erhalten. Der türkische Teil von Thrazien wird an Griechenland gegeben werden. Das Hinterland von Adana und Adalia wird für Frankreich und Italien reserviert. Konstantinopel wird internationalisiert.

Die Schlacht am Birkenbaum.

Von H. Weimann, Düsseldorf-Eller.

— — — — — — — — — — — —

und zwei Heere, zahllos wie Blätter im Busch
hieben wild aufeinander ein.
Das eine, mit lautem Trompetentusch,
zog heran, in der Richtung vom Rhein.
Das waren die Völker des Westens, die Frei'n,
bis zum Hahrweg scholl ihrer Pferde Gewieh'r
und voraus flog ihren unendlichen Reih'n
im Rauche des Pulvers ein rot' Panier.
Rot, rot, rot, das einzige Rot,
kein prunkendes Wappen drauf,
das warf sie hinein in den jauchzenden Tod,
das band sie, das hielt sie zu Hauf.
Das warf sie entgegen den Sklaven von Osten,
die, — das Banner gestickt mit wildem Getier —
unabsehbar über die Fläche kosten
auf das dröhnende, zitternde Kampfrevier.
(Ferd. Freiligrath: „Am Birkenbaum.")

Meine Tätigkeit als Bezirkssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes führte mich auf einige Tage hinaus zum Strande der Lippe, dem Schauplatz blutiger Kämpfe der letzten Zeit, der Stätte, an welcher der große Revolutionsdichter Ferdinand Freiligrath in prophetischer Weissagung die letzte Schlacht schildert zwischen Reaktion und Proletariat. Ich benutzte die Gelegenheit, um Eindrücke zu sammeln über die Ereignisse der letzten Wochen. Die Lippe bildete gewissermaßen die Gefechtslinie zwischen der Reichswehr auf der nördlichen und der Roten Armee auf der südlichen Seite, und wenn sie sprechen könnte, sie würde uns manches offenbaren, was Menschengeist nicht zu fassen vermag.

Inmitten mit blühenden Obstbäumen geschmückter Bergeshöhen liegt Lippspringe, der Ort, wo der weiße Silberlauf der Lippe seinen Anfang nimmt. Kein rauchender Fabrikschlot verfinstert hier die lachende Frühlingssonne, kein klingender Amboß stört hier die Menschen in ihrer friedlichen Ruhe, und dennoch trägt dieses Städtchen ein vollkommen proletarisches Gepräge. In einer Lungenheilanstalt suchten hier seit Jahrzehnten tausende Proletarier Heilung von ihrer Geist und Körper verzehrenden Proletarierkrankheit, deren Ursache in mangelhafter Pflege und Ernährung oder in ihrer anstrengenden gesundheitsschädigenden Tätigkeit im Dienste des Kapitals zu suchen ist. Bleich und hohl sind ihre Wangen, müde und trostlosen Blicks schleichen diese Todeskandidaten als wandelnde Leichen dahin. Vielleicht erlöst sie der Tod recht bald von ihren Qualen, vielleicht gibt ihnen die Mutter Natur hier neue Kraft und neues Leben, um als brauchbare Glieder im proletarischen Freiheitskampf tätig zu sein. Hier an der Quelle der Lippe suchen die Proletarier Heilung von den Wunden, die ihnen am unteren Ende der Lippe geschlagen werden.

Lustig plätschert das kleine Flüßchen zwischen Bergeshöhen und Felsenrissen, zwischen saftigem Wiesengrund und blühenden Obstgärten dahin, sich bald in die unendliche Ebene des Münsterlandes durch Heidekraut und Moor, durch wildes Gebüsch und grauen Sand den Weg bahnend, nicht ahnend, daß sie bald zur geschichtlichen Bedeutung werde. Die roten Ziegeldächer der vielen anliegenden kleinen Bauerndörfer legen Zeugnis davon ab, daß hier noch nicht die Sorgen und Nöte der großindustriellen Arbeiterschaft auf die Gedanken der Bevölkerung ihren Einfluß ausüben. Nach der Frömmigkeit der münsterländischen Bevölkerung zu urteilen, könnte man annehmen, die klaren Gewässer der Lippe seien Weihwasser, was sich segnend durch Westfalens Fluren dahinschlängelt, die Grenze zwischen Industrie und Landwirtschaft bildend. Auf der einen Seite fromme Bauerndörfer, in denen der Geistliche allein die Geschicke der Bevölkerung leitet, wo die zentrumsfromme Provinzpresse noch ungestört alle Schauermärchen über den völkervernichtenden Sozialismus und Spartakismus verbreiten kann, den Sozialdemokraten in der Person eines verbrecherischen Menschen darstellend, der in zerlumpten Kleidern, mit einem roten Taschentuch um den Hals und der Schnapsflasche in der Tasche sich auf sie zuzustürzen droht, mordend und brennend, ihnen das Heiligste, die Religion aus den Herzen raubend. Unter dem Deckmantel der Frömmigkeit werden hier täglich tausende Zentner Lebensmittel der notleidenden Industriebevölkerung entzogen um sie auf Umwegen der vor Hunger verzweifelten Arbeiterschaft zu Wucherpreisen anzubieten, oder sie ins Ausland zu verschieben.

Auf der anderen Seite ein unendlicher Wald von rauchenden Schloten und fördernden Schachtanlagen. Hier frohnen Hunderttausende von Proletariern um kargen Lohn in stummer Verzweiflung. Schwergebeugt und sorgenvoll schreiten sie dahin zum Kohlenschacht oder Hochofen, nachsinnend, ob sie dereinst wohl von dem Segen ihrer Mehrwert schaffenden Tätigkeit genießen können. Manche schwere Schlacht verursachte ihr Kampf ums Dasein, doch keiner führte sie bisher zum Siege. Auf steiler Felsenhöh, am Lippeufer schmiedete Ferdinand Freiligrath sein Meisterwerk poetischer Dichtung. Wer die Geschehnisse der letzten Zeit erfassen will, der greife zur zukunftsverheißenden Dichtung: „Am Birkenbaum", und er hat die Antwort. Hier am Ufer der Lippe liegen die im proletarischen Befreiungskampf zur Bedeutung gewordenen Städte: Haltern, Recklinghausen, Dorsten und Wesel, deren Boden mit Proletarierblut gedüngt wurde, in deren Mauern die große Einheitsfront des revolutionären Proletariats mit dem Blute besiegelt wurde. Mancher ehrliche, um seine Ideale kämpfender Genosse, liegt hier unter grünem Rasen begraben, fern der Heimat, fern von den Seinen, die ihn daheim mit heißer Sehnsucht erwarten. Viele von ihnen wurden in den letzten Tagen ein unschuldiges Opfer des weißen Terrors, der mordenden und sengenden Soldateska, jener wildgewordenen Bestie. Schiller sagt mit Recht: „Das Schrecklichste der Schrecken das ist der Mensch in seinem Wahn." Deutsches Volk! Blicke hin nach Belgien und Nordfrankreich und du hast einen Begriff von den Schreckenstaten der „zuverlässigen verfassungstreuen" Wehr unter den eigenen Volksgenossen.

Tränen des Mitleids benetzen mein Auge beim Niederschreiben der hier verübten blutigen Schandtaten. Gewiß waren auch unter den Angehörigen der Arbeiterwehr manche Personen, die kein anständiger Mensch verteidigen wird, aber sie sind es nicht, die diesen Schergen der Reaktion zum Opfer fielen, die waren längst mit ihrer Beute in Sicherheit. Soweit sie Requisitionen und Plünderungen vornahmen, ihres eigenen Vorteils willen, mußte man zweifellos gegen sie vorgehen. Soweit es sich aber um militärisch-kriegerische Requisitionen und sonstige Maßnahmen handelte, mußte die Sache jedoch anders bewertet werden. Die deutsche Regierung hat gegen die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets dieselbe verwerfliche Waffe angewandt, die England während des Krieges gegen Deutschland benutzte, die Hungerblockade. So war die Rote Armee, von der ich heute noch überzeugt bin, daß sie einen ehrlichen Kampf gegen Konterrevolutionäre führte, darauf angewiesen, sich selbst die notwendigen Subsistenzmittel zu beschaffen. Wer das plündern nennt, der vergißt, daß dann das ganze deutsche Heer während seiner 4½jährigen Kriegsführung ständig geplündert hat. Der ungeheure Siegesmarsch der Arbeiter mußte jedoch aus anderen Gründen einen Halt finden und da war es unverzeihlich, daß nach den Bielefelder Abmachungen einige kurzsichtige Kampfleiter glaubten, auf eigene Faust weiter „siegen" zu können. Gegen diese Elemente wird noch manches zu sagen sein. Hätte die Arbeiterschaft hier ihren Führern Gefolgschaft geleistet, sie hätte sich eine Position errungen, die keine Macht zu brechen imstande war. Ihre Undiszipliniertheit gibt jedoch der nach Proletarierblut lechzenden vielfach undisziplinierten Soldateska kein Recht, rücksichtslos wehrlose Menschen hinzumorden, ganz gleich, ob schuldig oder unschuldig.

Ich habe mich gefreut, daß die „Rote Armee" den strikten Auftrag erhielt, Entwaffnete als Gefangene zu betrachten, die ein Anrecht auf schonende Behandlung haben. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, hat man danach verfahren. Aber was bei der „Roten Armee" Ausnahme war, wurde bei der Reichswehr zur Regel. Das Herz krampft sich zusammen, das Blut stockt einem in den

Für die Republikanisierung der Wehrmacht.

Eine Massenkundgebung des Republikanischen Führerbundes.

Im Lehrervereinshaus veranstaltete der Republikanische Führerbund am Freitag abend eine überfüllte Versammlung für die Republik und die republikanische Wehrmacht.

Deckoffizier Kiesstadt, der sich kraftvoll gegen die von der Reaktion inszenierte Bolschewistenhetze wandte, sah als einziges Mittel der Bekämpfung jedes gegenrevolutionären Anschlags die Einigung an. Noske habe unter Vertreibung der republikanischen Führer das Heer solange „demokratisiert", bis er vor ihm flüchten mußte. Und sein Nachfolger Geßler werde sich bei allem guten Willen nur mit der größten Mühe von den Verrätern befreien können. Bis jetzt sei aber noch nichts geschehen, und der „weiße Schrecken" sei glänzend vorbereitet. Demgegenüber gelte es, die Berufssoldaten im republikanischen Sinn durch zuverlässige Führer aufzuklären. Die bisherige Juden- und Bolschewistenhetze diene nur den Zwecken der Reaktion.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat Kiesstadts drückte Lt. Fischer sein Erstaunen darüber aus, daß Major v. Gilsa und die anderen Einseifer Noskes noch immer im Amt seien. Deutschland müsse bei der Entmilitarisierung mit gutem Beispiel vorangehen, die reaktionären Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren sowie die Landbünde müßten rücksichtslos aufgelöst werden. Die Sicherheitswehr müsse eine reine Polizeitruppe sein und diese in besonderen Fällen nur durch organisierte Arbeiterwehren ersetzt werden. Eine Reichswehr sei dann überflüssig.

Müller-Brandenburg berichtete über einen Empfang bei Ebert, wobei sich dieser in der günstigsten Weise über die schärfste Verfolgung der reaktionären Verbrecher ausgesprochen habe. Der Redner forderte: Uebertragung der Kommandogewalt an die Zivilbehörden und gründlichen Abbau aller Formationen der Reichswehr und der Sicherheitswehr, die in der Kapp-Zeit versagt haben. Die republikanische Wehrmacht muß neu aufgebaut werden durch Offiziere, die bewiesen haben, daß sie Republikaner sind. Den Unteroffizieren müsse in weitgehendem Maß die Möglichkeit des Aufstiegs gegeben werden.

Nach der lebhaften Diskussion, in der Genosse Nabold für die restlose Auflösung der Reichswehr eingetreten war, die ihrer Aufgabe als Ordnungstruppe in keiner Weise gerecht geworden sei, nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die amtliche Anerkennung des R. F. B. gefordert wurde.

Die Kundgebung hinterließ einen imposanten Eindruck.

Die Komödie in Moabit.

Milde Richter.

Dem Skandal im Hotel Adlon ist die Komödie in Moabit gefolgt. Die adligen Radaumacher, die außer der schweren Schädigung des deutschen Ansehens im Auslande auch eine Gefährdung der Beziehungen zum Auslande herbeiführten, haben milde Richter gefunden, Richter, die ihrem Tun soviel Menschliches abgewannen, daß sie sie vor der verdienten Gefängnisstrafe bewahrten.

Aber nicht nur das Strafmaß bietet Anlaß zur Kritik, sondern mehr noch das Verhalten des bereits aus dem Helfferich-Prozeß bekannten Landgerichtsdirektors Baumbach. Ohne Rücksicht auf die rohen Ausschreitungen der vor dem Gericht erschienenen Verbrecher, und ohne Rücksicht auf die Empfindungen der republikanisch gesinnten Bevölkerung und den schroffen Widerspruch zu der Verfassung, redete er den Hauptangeklagten immer mit „Euere Königliche Hoheit" an. Was war deshalb diese Verhandlung anderes als eine Komödie, dazu bestimmt, nur den Anschein zu erwecken, als wenn Vergehen „königlicher Hoheiten" auch im republikanischen Deutschland Ahndung finden würden?

Richter sind unverletzlich. Aber darf das auch gelten gegenüber Richtern, die ihre Empfindungen so ostentativ äußern und ihre Stimmung und ihre Gefühle entscheidend sein lassen bei der Fällung des Urteils? Die Rechtspflege im Deutschen Reich liegt bisher ausschließlich in den Händen der besitzenden Klasse. Urteile, wie das von dem Landgerichtsdirektor Baumbach gefällte, können deshalb den nicht wundern, der den Klassencharakter unserer Justiz hinlänglich kennt. Die Reform der Verwaltung darf deshalb vor der Justiz nicht Halt machen, sondern muß gerade bei ihr mit schärfster Energie zu einer gründlichen, sachlichen und persönlichen Reform benutzt werden.

Mißglückte Hetze.

Schon heute kann man feststellen, daß der Versuch, gegen den Genossen Braß und die Unabhängige Sozialdemokratie eine nationalistische Hetze zu entfesseln, gescheitert ist. Trotzdem bringt es das offiziöse Regierungsorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", fertig, zu schreiben:

„Entschiedener Kampf gegen jede Opposition, die an dem Gebäude unseres heutigen Staates rüttelt, kraftvolles Vorgehen gegen ein Staatsverbrechertum, das, wie hier im Falle Kapp, dort im Falle Braß, den Staat gefährdet."

Es ist eine Unverschämtheit, auch nur den Versuch zu unternehmen, die Handlungen von Braß, die dieser unter verlegenem Schweigen der Nationalversammlung sofort als ganz einwandfrei nachwies, auf eine Stufe mit dem Verbrecher Kapp zu stellen. Das ist aber auch furchtbar dumm, denn der Versuch, zu Wahlzwecken eine nationalistische Hetze gegen die U. S. P. zu entfachen, ist von vornherein aussichtslos.

Hollands Schadenersatzansprüche. Das holländische auswärtige Amt erhielt von der Kommission für Schadenersatz in London die Mitteilung, daß alle holländischen Anträge auf Schadenersatz für von Deutschland versenkte Schiffe vor dem 15. Mai eingereicht werden müssen.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Buchdrucker!

(Ausschneiden und zirkulieren lassen!)

In den nächsten Tagen finden die Wahlen der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung statt. Es gilt in dieser Zeit den utopistischen Sozialismus aus der zukünftigen Buchdruckerverbandspolitik zu verbannen, welcher glaubt, mit Hilfe von Tarif- und Arbeitsgemeinschaften das privatkapitalistische Prinzip brechen zu können. Diese Illusionspolitik, welche nicht mal das Sinken unseres Reallohns verhindern konnte, welche bisher nicht mal eine Bezahlung der um des sozialen Fortschritts halber geführten Generalstreiktage erreichen konnte, soll ein Grundstein für die weitere Entwicklung zum Sozialismus bedeuten?

Kollegen, urteilt selbst! Kann es möglich sein, daß die Unternehmer in einer Gemeinschaft, zu welcher sie selbst zahlenmäßig die Hälfte stellen, den Ast absägen, auf dem sie sitzen? Urteilt selbst und wählt solche Kollegen, die auf dem Boden des Massenkampfes und der Klassenpolitik stehen.

Am Montag, den 19. April, abends 5 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58—59, eine Versammlung der oppositionellen Buchdrucker statt. Dortselbst wird Propagandamaterial ausgegeben. Kollegen, welche keine Zeit haben, können dasselbe auch heute abend, sowie auch am Dienstag, den 20. April von 5—7 Uhr bei Baum, Stallschreiberstraße 48, erhalten.

Kollegen und Verbindungsleute! Sorgt für zahlreichen Besuch, sorgt für rege Propaganda. Unsere Kandidaten sind: Lampe, Kotte, Poschmann, Nagel, Kapp, Wolf, Neumann (Georg), Schmidt (Karl), Gaida, Bierath, Dörband, Fiedler (Otto), Gabbey, Zieger, Tschisch (Franz), Barthknecht, Engelmeyer, Zaduk, Vogel (Karl), Rose, Wilke, Freudenreich, Milleville, Gajewski, Tschisch (Paul), Goldmann.

Der Aktionsausschuß der oppositionellen Buchdrucker.
J. A.: Karl W. Schmidt.

Lohnbewegung der Landschaftsgärtner.

Eine stark besuchte Versammlung der Landschaftsgärtnergruppe im Verbande der Gärtner und Gärtnereiarbeiter nahm am Freitag abend den Bericht der Lohnkommission entgegen. Einstimmige Entrüstung löste die Bekanntgabe des Angebots der Arbeitgeber aus, das einen Höchststundenlohn von 4,50 Mark vorsieht. Eine solche Entlohnung trägt weder der rasend steigenden Teuerung noch dem Saisoncharakter des Berufes Rechnung. Gegen eine starke Minderheit wurde jedoch beschlossen, die Entscheidung über den Streik, der unumgänglich erscheint, erst nach der am Sonnabend stattfindenden Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß vorzunehmen. Zu diesem Zwecke wird eine Versammlung zum Sonntag, vormittags 10 Uhr, im gleichen Lokal, Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147, anberaumt.

Achtung Schneider! Warnung vor Zuzug nach Kristiania! Aus Kristiania (Norwegen), erhalten wir die Mitteilung, daß dort große Kämpfe in der Maßschneiderei und Konfektion bevorstehen, und daß hier in Berlin speziell Schneider angeworben werden. Zu gleicher Zeit wird uns mitgeteilt, daß sich bereits gegen 200 Kollegen haben anwerben lassen, und zwar auf schriftlichen Vertrag, die demnächst abzureisen gedenken. Wir warnen dringend davor und ersuchen unsere Kollegen, den kämpfenden Brüdern nicht in den Rücken zu fallen, sondern wie immer, so auch jetzt die internationale Solidarität zu bewahren.

Verband der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter Deutschlands.

Achtung! Schuhmacher! Die Sperre über die Firma Kaul, Brunnenstraße 46, ist aufgehoben, da eine Einigung mit der Arbeiterschaft erzielt worden ist. Die Firma Gundersen u. Co., Köpenicker Straße 33a, ist noch weiter gesperrt.

Groß-Berlin.

Die Berliner Einwohnerwehr.

Die Berliner Einwohnerwehr hat sich bei den verschiedensten Gelegenheiten als das „bewährt", was sie sein soll, als eine reaktionäre Einrichtung. Bei ihrer Gründung wurde vorgegeben, sie wolle nur für Ruhe und Ordnung sorgen. Und man sah auch des Nachts da und dort einige bewaffnete Zivilisten, die als Sicherheitsleute fungierten. Wo es allerdings brenzlich war, gingen die Leute nicht hin. Wenn aber die grüne Sicherheitspolizei oder die Noskejünger die Straßen unsicher machten und oft wahllos Schüsse abgaben, tauchten auch Mitglieder der Einwohnerwehr auf, um unter dem Schutze der Noskiten das Publikum in Furcht und Schrecken zu jagen. Junge Bengels, „Söhne achtbarer Eltern", wie man sagt, gebärdeten sich wie wilde Indianer. Manches Menschenleben hat diese Sorte Sicherheitswehr auf dem Gewissen; wir erinnern nur an die Erschießung harmloser Frauen in der Stettiner Straße auf dem Gesundbrunnen. Gelegentlich des Kapp-Putsches konnte man in verschiedenen Gegenden der Stadt Mitglieder der Einwohnerwehr bewaffnet neben den Grünen einherstolzieren sehen, gewissermaßen zum Schutze derselben. Wir sahen einen solchen Aufzug in der Volta- und Brunnenstraße, der mehr humoristisch anmutete. Wir hatten den Eindruck, daß diesen Leuten gar nicht so wohl zu Mute war, wie sie den Anschein gaben, und froh waren, wieder heimgehen zu können. Dunkel war nur, wer überhaupt die Kosten für diese Einrichtung in Berlin getragen hat. Die Gemeinde hat bisher im Gegensatz zu vielen Vorortgemeinden keinen Pfennig bewilligt, so daß anzunehmen ist, daß die Mittel aus Staats- oder Reichsmitteln oder von Privaten gegeben worden sind. Von der Sicherheitswehr steht das fest, denn auch für diese sind weder im Reichsetat, noch im preußischen Etat Mittel bewilligt. Man wirtschaftet einfach drauf los, mag es kosten, was es wolle. Aber abgesehen von der Kostenfrage muß darauf hingewiesen werden, daß diese sogenannten Sicherheitseinrichtungen nur im einseitigsten bürgerlichen Interesse ausgeübt worden sind. Die Früchte haben sich gezeigt. Hier muß mit aller Entschiedenheit Aenderung, und zwar radikale, eintreten.

Um in dieser Richtung hin vorzustoßen, hat die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag gestellt:

„Wir beantragen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der preußischen Regierung darauf hinzuwirken, daß schleunigst:

1. die in Berlin bestehende Einwohnerwehr aufgelöst und ihre Waffen von den städtischen Behörden gesammelt werden;
2. die städtischen Behörde ermächtigt werden, eine Berliner Ortswehr auf Grund von Listen zu bilden, die von den Gewerkschaften und Beamtenverbänden aller Richtungen aufgestellt werden."

Die Schulen für Schulzwecke.

Die Fraktion der U. S. P. D. im Rathause haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die seit Jahren durch den Magistrat dem Unterricht entzogenen Gemeindeschulen in kürzester Frist ihren kulturellen Zwecken wieder zuzuführen."

Wieder Hundesperre in Berlin. Der Hund des Töpfers Eitner in der Muskauer Straße 46, hat vor einigen Tagen Eitner, dessen Frau und noch vier weitere Personen, ferner einen Hund in der Wrangelstraße gebissen. Ein Tierarzt stellte bei dem Tiere Tollwut fest. Dies wurde auch vom Institut für Infektionskrankheiten bestätigt, dem die gebissenen Personen zur Schutzimpfung überwiesen worden sind. Das Polizeipräsidium hat wegen dieses neuen Falles von Tollwut im Bezirk der Stadtkreise Berlin und Neukölln die Hundesperre bis zum 10. Juli verhängt. Die Hunde müssen also einen festen Maulkorb tragen, an der Leine geführt, angekettet oder eingesperrt werden.

Ein Mordversuch und Selbstmord rief gestern in dem Hause Strausberger Straße 33 große Aufregung hervor. Hier wohnte in Schlafstelle ein junges Mädchen namens Laas, das mit dem 30 Jahre alten Maurer Wladislaus Ogorgewicz aus der Kleinen Andreasstraße 7 ein Liebesverhältnis unterhielt, obwohl er verheiratet ist. Wie es heißt, war Ogorgewicz geistig nicht ganz gesund. Gestern geriet er mit seiner Geliebten in deren Wohnung in einen heftigen Streit, der damit endete, daß er einen Revolverschuß auf sie abgab. In die linke Körperseite getroffen, brach das Mädchen zusammen. Der Mann hielt es für tot, richtete jetzt die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause, das schwerverletzte Mädchen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Adern bei der Feststellung unmenschlicher Bestialitäten durch die Reichswehr. Einige Beispiele mögen das beweisen.

Am Samstag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, wurde in Osterfeld das dortige Werbebureau der „Roten Armee", welches sich auf den Boden der Bielefelder Beschlüsse gestellt hatte und nur noch pflichtgemäß mit dem Einsammeln der Waffen der von der Front zurückflutenden Truppen beschäftigt war, durch Reichswehrtruppen überrascht. Fünf Minuten später waren alle neun Anwesenden, zum großen Teil Familienväter von vielen hungernden Kindern, durch eine aus 40 Gewehrläufen speiende Salve ermordet. In Oberhausen mußten sich sechs Arbeiter auf einem freien Platz auf dem Bauche legen, um dann einzeln durch einen Schuß in den Nacken getötet zu werden. Einer von ihnen war nicht gleich tot, er wälzte sich nach dem ersten Schuß herum, mit dem Gesicht nach oben, zwei Mann mußten ihm die Hände festhalten, dann streckte ihn die zweite Kugel eines feigen Mörders nieder. Am ersten Ostertage gegen 8 Uhr abends wollte man die Opfer der Oberhausener Mordbuben beerdigen. Einzelne waren in Särge, die anderen in Säcke eingesteckt. Die Totengräber verweigerten so die Beerdigung und man mußte wohl oder übel mit den Getöteten wieder abziehen und Särge holen.

In Dinslaken erwischte man sechs Rote-Kreuz-Schwestern, die sich der „Roten Armee" zur Verfügung gestellt hatten. Eine davon legitimierte sich als eine langjährige Kriegsschwester, die sich nur von Menschlichkeitsrücksichten hat leiten lassen, um Kranke zu pflegen. Jedoch die von Reaktionären und ihren Handlangern herbeigerufene „verfassungstreue" Reichswehr, die nach Severings Erklärung den Auftrag hat, schonend vorzugehen, kennt kein Erbarmen. Unter dem Geknatter der Flintenläufe hauchten sie ihr Leben aus. Beim Vorrücken der Reichswehr war es der „Roten Armee" nicht möglich gewesen, einen in Friedrichsfeld in einem Bauernhause liegenden Schwerverwundeten mitzunehmen. Die Reichswehrsoldaten, die den Stolz der deutschen Republik darstellen sollen, zerren ihn aus dem Bett, schleifen ihn bis vor die Tür und ermorden ihn.

In den ersten Kampftagen vor Wesel wird ein Rotgardist gefangen genommen und nach Wesel gebracht. Nachdem man ihn mit dem Gewehrkolben gründlich maltraitiert hat, wird er durch die Straßen Wesels geführt, bis er plötzlich erschöpft zusammenbricht. Auf die Aufforderung der Begleitmannschaften aufzustehen und weiter zu gehen, erfolgt die Antwort: „Ich kann nicht mehr und wenn ihr mich gleich erschießt." Das brauchte nicht zweimal gesagt zu werden, ein wohlgezielter Schuß eines Bewaffneten streckt den Wehrlosen nieder. In Hiesfeld findet man einen Schwerverwundeten mit einem Bauchschuß. Unter fortwährendem Drangsalieren muß er den hundert Meter weiten Weg zum Lastauto, mit dem die Soldaten der Republik fahren, laufen, obwohl er alle zwei Schritte zusammenbricht. Dann faßt man ihn an Händen und Füßen und wirft ihn in weiten Bogen auf den Lastwagen. Diese fürchterlichen Greueltaten können durch eine unendliche Kette von Bestialitäten verlängert werden.

Die Wasser der Lippe jedoch plätschern ruhig weiter, dem großen Strome, dem Rheine zu, klar und rein, als sei nichts geschehen, bis ihr weißer Lauf sich allmählich in den gelben Fluten des Rheines verblutet. Der weiße Blütenschaum der Obstbäume und das erwachende Grün winden sich zu einem großen Totenkranz, gewidmet den Freiheitshelden, die für ihre Ideale starben. Bald wird ein frischer Kranz gewunden. Die blutroten perlenden Blüten des Lippeschen Heidekrauts vermischen sich mit den schwarzen Beeren des Wacholderstrauches, das Rot die Zukunftshoffnung, das Schwarz die Trauer für Vergangenes bedeutend. Geisterhaft dringt die Stimme der Toten zu uns herüber und flüstert uns ins Ohr:

Seid einig, einig, einig! Denn der Birkenbaum steht ungefällt und zwei Lager heute zerklüften die Welt, ein Hüben und Drüben nur gilt.

Professor Einstein wird auf Einladung des Norwegischen Studentenvereins in Kristiania Anfang Juni drei Vorträge über seine bekannte Relativitätstheorie in der Universität Kristiania halten.

Im Staatsschauspielhause findet Donnerstag, den 22. d. M., die Erstaufführung von Robert Prechtls dreiaktiger Tragödie „Alkestis" und Tilla Durieux in der Titelrolle statt. In einer Hauptrolle spielt auch Ernst Legal, der als Regisseur und Dramaturg in den Verband des Schauspielhauses getreten ist.

Im Deutschen Theater gelangt Paul Kornfelds Drama „Himmel und Hölle", am Mittwoch, den 21. April, zur Uraufführung. Diese Vorstellung wird gemeinsam vom Deutschen Theater und der Gesellschaft „Das junge Deutschland" veranstaltet.

Am Lessing-Theater ist die Neuaufführung von Bernard Shaws Komödie „Frau Warrens Gewerbe" auf Sonnabend, den 24. April angesetzt worden.

Die Große Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof, die am 15. Mai eröffnet wird, hat in Rücksicht auf die jetzigen Transportschwierigkeiten den Einlieferungstermin für alle Kunstwerke bis zum 20. April verlängert. — Die in der Abteilung der November-Gruppe (Vereinigung der Expressionisten, Kubisten, Futuristen in Deutschland) auszustellenden Arbeiten sind umgehend bei der Geschäftsstelle der November-Gruppe, Wilmersdorf, Spessartstraße 10, anzumelden und im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof einzureichen.

Vorträge über Kunst. Am 21. April beginnt Dr. Adolf Behne einige Vortragsreihen mit Lichtbildern: „Künstlerische Zeit- und Streitfragen" (Mittwoch 8—9½ Uhr, Charlottenburg, Sybelstraße 2—4), „Die neue Kunst" (Donnerstag, 8—9½ Uhr, Realgymnasium, Kochstraße 66) und „Einführung in die Kunst" (Freitag, 8—9½ Uhr, Georgenstraße 30—31).

— **Wer ist die Tote?** Aus der Spree gelandet wurde gestern vor dem Hause Burgstraße 24 die Leiche eines unbekannten, etwa 25 Jahre alten Mädchens. Die Tote hat dunkelblondes Haar und war ganz schwarz gekleidet. Bei ihr fand man außer einer Visitenkarte auf den Namen Leo Führer keinerlei Aufzeichnungen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Vielfach heiter und am Tage warm, zeitweise wieder stärker bewölkt bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Aus dem Gemeindeleben.

Kommunaler Volksbildungsausschuß, Reinickendorf. Die sozialistischen Parteien des Ortes haben dem kommunalen Volksbildungsausschuß die Feier des 1. Mai einschl. die Leitung der gemeinsamen Volksversammlung am Vormittag übertragen. Karten für die Abendveranstaltungen des Ostens im Bürgergarten und Hubertussäle, denen von 4 Uhr ab ein Gartenkonzert in den gleichen Lokalen vorausgeht, sind vom 19. d. M. ab bei den Funktionären und in den Verkaufsstellen der Gemeinde zu haben. — Der nationalökonomische Kursus von Otto Jensen fällt aus. Bereits gekaufte Karten sind an die Funktionäre zurückzugeben. — Die Zusammenkünfte des Studienzirkels, die den gleichnamigen Kursus im westlichen Ortsteil fortsetzten, finden nicht mehr statt. — Die Deutschkurse werden ab 20. d. M. in beiden Ortsteilen wieder fortgesetzt. Auskünfte gibt der Kommunale Bildungsausschuß.

Neukölln. In der Sitzung der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung am Freitag gab es zunächst eine lange und lebhafte Debatte über die Erhöhung des Gaspreises von 70 Pf. auf 1 M. Genosse Großmann vertrat den ablehnenden Standpunkt unserer Genossen, wies auf die enorme Belastung der Arbeiterschaft durch die dauernde Verteuerung hin und verlangte endlich einschneidende Maßnahmen der Regierung in bezug auf die Sozialisierung und entsprechende Schritte des Städtetages. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der Bürgerlichen Vereinigung angenommen. Vorher wurde noch der Erhöhung der Teuerungszulage für Beamte von 2000 auf 2400 M. für Verheiratete und 1600 auf 1600 M. für Unverheiratete zugestimmt. Ebenfalls wurde den städtischen Arbeitern ein Vorschuß auf die demnächst zu erwartende Lohnzulage bewilligt. Bei einer darauf folgenden Schuldebatte protestierten die Genossen Marschall und Schneider gegen die Beschädigungen der Schulen durch die sogenannten verfassungstreuen Truppen, die sich nicht gescheut haben, nicht nur die Korridore sondern auch Rektorenzimmer als Pferdestall zu benutzen. Einem weiteren Antrag unserer Genossen entsprechend, protestierte Genosse Freund gegen die Verschleppung der Untersuchung in Sachen des Kapp-Putsches. Dabei wurde das ganze Untersuchungsergebnis aus dem Krankenhaus zur Sprache gebracht. Nach den Aussagen der Bürgerlichen war alles harmlos, was sich da zugetragen hatte. Seitens des Magistratsvertreters wurde das ganz entschieden unter Angabe von reichem Material zurückgewiesen. Genosse Radtke stellte noch einmal das Verhalten der Aerzte an den Pranger und rechnete gründlich mit dem deutschvölkischen Redner ab. Den Antrag unserer Fraktion, den Belagerungszustand aufzuheben, begründete Genosse Künzler. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten verließen den Saal. Genosse Künzler wies auf die ungeheure Kräftigung hin, welche die Reaktion erhält, wenn der Belagerungszustand noch länger aufrechterhalten wird. Die Demokraten erklärten, daß sie es der Regierung überlassen, den Belagerungszustand aufzuheben, wenn sie es für notwendig erachtet. Die Rechtssozialisten stimmten unserem Antrag zu, zögernd dann auch die Demokraten. Einspruch wurde erhoben gegen die Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Zuschüssen für Notbauten seitens des Kommissars für produktive Erwerbslosenfürsorge. Danach erhalten die Gemeinden nur Zuschüsse, wenn sie die Arbeiten an Unternehmer vergeben und nicht in eigener Regie ausführen. Werden die Arbeiten aber in eigener Regie ausgeführt, muß die Entlohnung nach dem Akkord- oder Prämiensystem erfolgen. Da die Stadt Neukölln die meisten Arbeiten, vor allen Dingen den Bau der Untergrundbahn, in eigener Regie ausführt, schloß sich die Versammlung dem Einspruch des Magistrats an.

Lichtenberg. Nach einigen geschäftl. Mitteilungen nahm Genosse Stimming als Dezernent des Beerdigungswesens das Wort, um dem Berichterstatter des Lichtenberger Anzeigers einige wohlverdiente Zurechtweisungen zu erteilen für seine unwahrhafte Schreibweise anläßlich des Generalstreiks.

Dann erfolgte die Neuwahl des Vorsteherstellvertreters. Die Rechtssozialisten haben an Stelle des zu uns übergetretenen Genossen Mirus den Stadtv. Arndt bestimmt, er wird gewählt. Als Beirat für das örtliche Amtsgerichtsgefängnis wird Gen. Müssener gewählt. Gen. Wiske kritisiert die Vorlage als ungenügend. Zur Regelung der Ruhegehälter verlangt Gen. Müssener Streichung der Magistratssätze. Die Vorlage wird mit den Stimmen der Bürgerlichen und Rechtssozialisten angenommen. Ein Antrag von uns verlangt Aufhebung des Ausnahmezustandes. Gen. Gäbel begründet ihn kurz, er wird angenommen. Ein weiterer Antrag, welcher den Magistrat auffordert, am 1. Mai die städtischen Werke und Bureaus zu schließen und Schritte zur Schließung der Schulen zu tun, wird vom Gen. Wächter begründet und vom Gen. Zimmermann unterstrichen. Auch er findet Annahme. Die Bürgerlichen verlangten vom Magistrat Mittel für die in das Abstimmungsgebiet fahrenden Einwohner. Hierbei kam es zu einer scharfen Polemik. Gen. Mielitz fordert zwecks Feststellung der Kompetenz eine beratende Kommission. Dem wird zugestimmt.

Aus den Organisationen.

2. Distrikt, 1. und 2. Abteilung. Morgen Sonntag Handzettel-Verbreitung von Wiemers, Bülowstr. 53. Erscheinen aller Genossen ist unbedingt nötig. Die Ausgabe findet heute, Sonnabend abend, ebenfalls bei Wiemers statt.

Rosenthal. Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schneider, Hauptstr. 8. Referent: Genosse Homer.

Vereinskalender.

Arbeiter-Eltern-Bund. Dienstag 20. April, abends 6 Uhr Generalversammlung in der Schulaula hinter der Garnisonkirche. 1. Ziele und nächste Aufgaben des A.E.B. 2. Neuwahlen. 3. Organisation. 4. Verschiedenes.

Internationaler Bund, Sektion Kriegsgefangene. Nächste Mitgliederversammlung am Montag, 19. April, abends pünktlich 7 Uhr in der Schulaula Gipsstr. 23a. Gäste herzlich willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Bekanntmachung

betreffend

den Ersatz für drei ausgeschiedene Stadtverordnete.

Nach der von mir auf Grund der Bestimmung des § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919, sowie der §§ 58 und 59 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 in Verbindung mit dem § 21 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 vorgenommenen Feststellung treten als Ersatzmänner in die Stadtverordneten-Versammlung in Berlin ein:

1. an die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Eugen Rosemann als nächster Bewerber aus dem Wahlvorschlage Dr. Hermann Weyl
   der Juwelier **Paul Heyde**, SO. 33, Elisabethufer 41,
2. an die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Richard Heckmann als nächster Bewerber aus dem Wahlvorschlage Hugo Heimann
   der Kupferschmied **Wilhelm Kühas**, N. 58, Rhinower Straße 5,
3. an die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Georg Somolewitz — da der Rektor Georg Schünemann verstorben ist — der nächste Bewerber aus dem Wahlvorschlage Hugo Heimann
   der Maler **Georg Fesmann**, SW. 61, Tempelhofer Ufer 1a.

Berlin, den 13. April 1920.

Der Kommissar des Magistrats.
Loehning,
Stadtrat.

(Tgb. Nr. 502 Wahl. 20.)

Zentralverband der Glaser.
Zahlstelle Berlin.

Montag, den 19. April, abends ½7 Uhr im Gewerkschaftshaus

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Einteilung der Bezirke. 3. Abrechnung vom 1. Quartal.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Max Barfürst.

Für den Bau eines 235 m langen Untergrundbahntunnels im Stollenbetrieb werden zum **sofortigen** Antritt
* **ein Schachtmeister und 15 Spezialstollenarbeiter (Bergarbeiter)** gesucht.
Meldungen mit Lohnansprüchen an das Verkehrsbauamt Neukölln.

Zähne v. **4 M.** an. Teilzahlung. Plomben 1,50. Goldkronen 15 M. Zahnreihen mit Einsatz, höchst naturgetreu. Umarb. schlechte Gebisse, Rep. Zahnarzt Woll vorl. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9—7.

Eine tüchtige, zuverlässige
Stütze
für sofort gesucht. Guter Lohn und Familienanschluß.
Dr. Duncker, Siebleben, b. Gotha, Mönchshof.

Genossen beachtet die Inserenten!

Der Arbeiter Fritze Kiesewetter hat sich beim Lesen der neuesten Nummer der Freien Welt totgelacht.

Kupfer Messing Zinn Sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold-, Silber-Abfälle Zahngebisse kauft zu riesig **hohen Preisen** in unseren 6 Einkaufsstellen **Metall-Zentrale**
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln Kais.-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72 am Baltenplatz.

Alt-Metalle von Händlern für Engrosverwertung. Invalidenstr. 142, Norden 9649.

Schuhkrem größerer Posten eingetroffen für Wiederverkäufer per Dose 36 Pfennig. F. P. A. Kauffmann Berlin S 14, [illegible] 59/60. Telegramm-Adr.: Adikauf-Berlin. Telefon: Moritzplatz 14586/89.

**Kupfer bis 12,25
Messing „ 5,25
Blei „ 3,75
Eisen „ 1,00**
bis Montag 11 Uhr **Greifstrasse 33** am Bahnhof Weißensee.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstraße 19, Tel.: Lützow 3706 und 9817.

Metalle Quecksilber kauft Wollmann, Linienstr. 7 en gros. en detail. Telephon Amt Norden 607.

Höchste Preise zahlt für neue Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen Müller, Neue Königstraße 36 (Alexanderpl.)

Messing, Kupfer, Zinn, Zink, Blei, sow. sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend Metall-Einkaufszentrale, Kottbuser Damm 66. Mpl. 13840.

Paraffin, Wachse, Farben, Terpentin, Malerartikel auch kleine Posten, kauft **Winkler,** Oranienburger Str. 12.

Annahme in allen Speditionen des Verlages

KLEINE ANZEIGEN

Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Das Ueberschriftswort 1.15 M., jedes weitere Wort im Text 85 Pf.; hierauf 30% Zuschlag; Stellengesuche ohne Zuschlag

Verkäufe

Gardinenverkauf Dentsch, Landsberger Straße 13.

Köpenicker Straße 101. Gardinengelegenheitskäufe, täglich 9—6 Uhr.

Tülldecken. Gardinen, Stores, Künstlergardinen, bunt und Tüll. Verkauf direkt an Private zu Engrospreisen. Gardinenspezialhaus Köpenicker Straße 101 II, nahe Jannowitzbrücke.

Gardinen kaufen Sie preiswert nur im Spezialgeschäft, da dort keine Zwischenhändlerpreise. Reiches Lager in Schalgardinen, Künstlergardinen, Stores, Bettdecken. Verkauf direkt an Private zu Engrospreisen. Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe, Köpenicker Straße 101, II. Etage.

Großer Verkauf allerhand Gardinen, Stores, Decken, prachtvolle Teppiche, Persermuster, Läuferstoffe, Brücken, Felle und allerhand Wäsche empfiehlt besonders preiswert Fried's Ausstattungshaus, Prinzenstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz, kein Laden. Für Wiederverkäufer besondere Abteilung.

Kreuzfüchse sowie alle anderen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Alpakataschen! Schmucksachen! Warschauer Straße 7, Pelzwaren-Gelegenheitskäufe!

Sie bezahlen anderswo teuren Stoffeinkauf, hohe Ladenmiete! Bei **mir** kostet **Ihr neuer Anzug,** Friedensqual., Extra-Anfertigung, infolge enorm billiger Stoffgroßkäufe meiner Engrosabteilung konkurrenzlos 580—1300 M. Auch Stoffverkauf! Restposten Jünglingsanzüge 250—425 M.! Bestellungen, möglichst vorm., in meinem Musterlager Dircksenstraße fünfundzwanzig I, gegenüber Bahnhof Alexanderplatz. Artur Rus. Vät. Maßschneiderei gegründet 1892.

Bessere Anzüge, fertig und nach Maß, spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Rusa, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Vornehme Herrenulster, Winterpaletots, Jackettanzüge (Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge), auch leihweise, Joppen, sowie Pelzwaren jeder Art in Sport- und Gehpelzen, Pelzjoppen, Perser Alaska-, Kreuz-, Rot- und Skunksfüchse. Allerhand Gold- und Silbersachen kaufen Sie am billigsten im Leihhaus Rosenthaler Str. 14, I. (Hausnummer genau beachten.)

Leihhaus Moritzplatz 58a. Höchste Beleihung und Ankauf jeder Wertsache. Ferner Verkauf selbstgefertigter Anzüge, Rockanzüge, Paletots, Hosen, Damenkostüme, Mäntel aus feinsten Friedensstoffen zu bekannt billigen Preisen.

30 allerbeste Federbetten, Daunenbetten, Kinderbetten. Lindner, Alte Jakobstraße 54 [illegible] 4—6.

Schneider! Nähmaschinen, fast neu, verkauft billig Kamrath, Schievelbeinerstr. 12.

Rockanzug (Mittelgröße) verkauft Eckert, Chodowieckistraße 30.

Bettstelle mit Matratze, Mandolinola verkauft Grundmann, Schulstr. 77.

Möbel

Möbel, Spiegel und Polsterwaren gegen Kasse und Teilzahlung. S. Gran, Friedrichstraße 7. Nähe Belle-Alliance-Platz.

Rehfeld, Badstr. 34, große Auswahl in kompletten Schlafzimmern, neu und gebraucht, von 1950.—, zirka 30 Küchen alle Farben, von 450.—, Wohn- und Speisezimmer, nur Gelegenheitskäufe. Kleiderschränke und Vertikos von 240.—, Plüschsofas, neu und gebraucht. Waschtoiletten, Tische und Stühle, Trumeaus in jeder Preislage. Versand nach außerhalb.

Möbel-Cohn, im Osten: Große Frankfurter Straße 58 (fünf Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstr. 47-48 (fünf Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), liefert gegen Bar und Teilzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Kücheneinrichtungen in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Rath. Schlaf-, Speisezimmer sowie einzelne Möbel, mod. Küchen, große Auswahl, Zahlungserleichterung gestattet. Rath, Elsasser Straße 44 I.

Chaiselongues, 150.— bis 600.—, Metallbetten 200.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Meicke, Auguststr. 32a, Quergb.

Möbeleinkauf. Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts ganze Wirtschaften, Nachlässe kauft Woldenberger Straße 3, Möbelgeschäft. Alexander 1857.

Kaufgesuche

Goldbruch und Silberbruch, Uhren, Wertsachen kauft höchstzahlend, Sebabert, Baerwaldstraße 53.

„Silberschmelze Rondeck", Köpenicker Str. 157 (an der Manteuffelstr.) kauft höchstzahlend: Goldabfälle, Silberabfälle, Platinschnipsel, Zahngebisse, salpetersaures Silber, Kupfer, Messing, Blei, sowie sämtl. Metallabfälle.

Schnelldrehstahl. Spiralbohrer, kauft bis 150% Aufschlag, Dynamodraht, Schwandt, Woldenberger Str. 10 Seitenflügel part.

Grammophonplatten! abgespielte, auch Bruchstücke, kauft jeden Posten, Platte bis bis 10.25 Mk., Kilogr. 20.—. Auch Walzenankauf! Einkaufszentrale W. Culmstr. 28. Fernruf: Kurfürst 899. Aufkäufer gesucht. Fahrgeld vergütet.

Dynamodrähte, Spulendrähte, Leitungsdrähte, Litzen, Installationsmaterialien, kauft große, kleine Posten Lewkowski, Dresdener Str. 83-83 (Einkauf I. Etage). Telefon Moritzplatz 151 85.

Elektromaterial, Glühlampen, Fassungen, Schalter kauft laufend Hentschel, Fennstraße 33, Hof II.

Uhren, alte, jeder Art (auch ohne Gehäuse) kauft Maleka, Frankfurter Allee 331.

Pinsel, Schellack, Leim, Benzin sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 24.

Leim, Schellack, Lacke kaufen Gebrüder Borowski, Oppelnerstr. 5, Nollend. 2079.

Leim, Schellack, jeden Preis, kauft Siebold, Blumenstraße 74.

Leim, Pfund 18,— Mark, Schellack kauft Hinze, Weberstraße 43/44.

Musikinstrumente, einige Geigen, Mandolinen usw. kauft Böckhstr. 40, I., Querg., pt.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer bis 200% Schmirgelleinen, Dreibackenfutter, Werkzeuge, Maschinen, Motore, Holzschrauben kauft Prinzenstr. 13 Einkaufsbüro.

Spiralbohrer! Kauft zu konkurrenzlosen Preisen. Adolf Lebitzki, Kommandantenstr. 65.

Ueber Höchstpreise zahle ich für **Spiralbohrer** aus Schnell- und Werkzeugstahl, Gewindebohrer, Naturstahl, Holzschrauben und Maschinenschrauben, Feilen, Schmirgelleinen, sämtliche Werkzeuge. P. Hallier, Landsberger Straße 83. Kgst. 9875.

Spiralbohrer, Werkzeuge und Schmirgelleinen kauft Werkzeughandlung Leine[illegible] 18.

Höchstpreise für Spiralbohrer, Holzschrauben, Naturstahl, Schmirgelleinen zahlt Schmidt, Planufer 5, Hallesches Tor.

Spiralbohrer! Schmirgelleinen, Feilen, Werkzeuge und Motore kauft zu konkurrenzlosen Preisen. Maschinen- u. Werkzeugvertrieb, Sickinger Str. 60, Ecke Beusselstraße.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Gewindebohrer, Naturstahl, Feilen kauft jeden Posten Jenzick, Prinzenstraße 5, Moritzplatz 14018.

Konkurrenzlose Höchstpreise für Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz- und Maschinenschrauben, Feilen, Werkzeuge und Metalle aller Art, Boschmagnete, Zündkerzen etc. etc. Arno Anders, Große Frankfurter Straße 101.

Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen kauft höchstzahlend Laszka, Belle-Alliance-Str. 98.

Kaufe jeden Posten Spiralbohrer, Werkzeuge, Boschkerzen und Magnete, abends von 4—7 Uhr. Zarawa, O 112, Mirbachstraße 21, v. III.

Spiralbohrer, mit höchst. Aufschlag, kauft Bock, Lübecker Straße 53.

Magnet, Vergaser, Lichtdynamo kauft höchstzahlend Selbstverbraucher, Zenker, Neue Hochstraße 2.

Spiralbohrer kauft gegen sofortige Kasse Schulze, Friedenau, Fregestraße 81, Pfalzb. 4978.

Holzschrauben, Maschinenschraub., Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Zangen, Sägeblätter, Feilen kauft Romiger, Große Frankfurter Straße 93 vorn 2 nur nachmittags.

Spiralbohrer, Kugellager, Fräser sämtliche Werkzeuge, kauft Marten, Löwestr. 2 v. III.

Spiralbohrer, Fräser, Feilen, Schmirgelleinen, Schnellstahl, Schrauben, neue Werkzeuge kauft Hanschel, Pankstr. 90.

Magnete, Vergaser, Zündkerzen, Kugellager, Werkzeuge kauft Pecker, Schönhauser Allee 163.

Spiralbohrer kauft zu höchsten Preisen sowie Holzschrauben Posner, Ing., Berlin N 20, Pankstr. 37. Tel. Humb. 4530.

Verschiedenes

Beleuchtung, modernste Elektrisch, Gas, auch Zahlungserleichterung. Fels & Co. Potsdamerstr. 56 I. Hochbahn Bülowstr.

Rechtsrat! v. Haeußler, Borsigstr. 11 (Stettiner Bahnhof), Prozeßführung durch Justizrat! Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Letzter Erfolg: Ehescheidung in 6 Wochen erledigt. Rechtsberatung kostenfrei.

Erfinder, Patentbureau Packscher, Gertraudtenstr. 15. Zentrum 7400.

Maßkorsetts fertigt an bei Stoffzugabe Frau Margarete Richter, Fehrbelliner Str. 8.

Säle, Vereinszimmer, unentgeltlich. Oranienstraße 180.

Unterricht

Richtig deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsenen (auch abends) sehr erfolgreich tüchtiger Sprachlehrer. Anfrag. unt. „Postlagerkarte 187" Briefpostamt Berlin.

Tiermarkt

Schäferhunde. Stubenhunde, Hundeverkauf, Ankauf, Dressurbach 3.— M., Kupieren, Hundefutterverkauf, Schallands Hundepark, Palisadenstraße 26.

Hunde an- und verkauft Capellen Hundezentrale, Böckhstraße 36.

Legehühner, Glucken mit Küken verkauft Am Ostbahnhof 5, im Laden.